

CHRIST IN DER GEGENWART


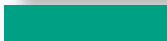

Umfrage-Auswertung

Schaffen wir „das“?



Ab Februar 2016 hat CHRIST IN DER GEGENWART überwiegend unter Nichtbeziehern der Zeitschrift eine Umfrage zum Thema „Schaffen wir ‚das‘?“ gestartet. Rund 3.600 Interessierte haben daran teilgenommen. Hier präsentieren wir Ihnen die Auswertung der Befragung anhand einer Querschnittsauswertung von 1.000 Fragebögen. Die Kommentare der Teilnehmer werden beispielhaft dargestellt.

1. Hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingsfrage richtig gehandelt?

Ja		74,1 %
Nein		21,6 %
Keine/andere Meinung		4,3 %

Auswahl der Kommentare:

Dies muss sich erst zeigen. Angela Merkel hat voreilig und überstürzt gehandelt. Die bisherigen Maßnahmen waren wenig durchdacht und nicht gut geplant. Sie darf die eigene Bevölkerung nicht aus dem Blick verlieren; eine unbegrenzte Einwanderung stellt eine Überforderung dar.

Grundsätzlich ist Merkels Einstellung richtig, doch die politische Umsetzung ist konzeptionslos und damit problematisch verlaufen.

Sie hat menschlich und christlich gehandelt. Sie hat damit Mut und wahre Nächstenliebe gezeigt. Sie setzt sich für die christlichen Werte ein, auf die unsere Verfassung aufgebaut ist. Die Menschen sind in Not gewesen, da war schnelles Handeln gefragt gewesen.



2. Zerbricht die Vorstellung von einem gemeinsamen Europa an der Flüchtlingsproblematik?

Ja		33,4 %
Nein		42,2 %
Keine/andere Meinung		24,4 %

Auswahl der Kommentare:

Die Hoffnung, dass Europa bestehen bleibt, ist groß, aber es herrscht Unsicherheit. Die Solidarität in Europa wird derzeit vermisst. Die Länder sind stark auf sich selbst bezogen. Die EU muss sich wieder als Wertegemeinschaft begreifen und dementsprechend handeln.


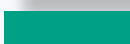

3. Haben die Ereignisse der Kölner Silvesternacht der „Willkommenskultur“ geschadet?

Ja		76,1 %
Nein		17,8 %
Keine/andere Meinung		6,1 %

Auswahl der Kommentare:

Sie haben die Menschen verunsichert, Ängste ausgelöst und die Flüchtlingsgegner bestärkt. Die Stimmung hat sich zum Negativen geneigt. Die Medien haben darüber nicht objektiv berichtet. Wenn nicht verallgemeinert, sondern differenziert wird, nimmt die Willkommenskultur keinen Schaden.

4. Sollten die anerkannten Flüchtlinge ihre Familie nachholen dürfen?

Ja		72,1 %
Nein		16,7 %
Keine/andere Meinung		11,2 %




Auswahl der Kommentare:

Wenn wir in unserer Gesellschaft auf christliche Werte und das hohe Gut der Familie pochen, dürfen wir dies anderen Menschen nicht verweigern. Integration kann nur mit den Familien gelingen.

Der Familiennachzug muss genau geregelt sein: nur Ehepartner und Kinder, nach einem gewissen Zeitraum, bei guter Integration. Die Familien dürfen nur so lange hier bleiben, bis sich die Lage in ihrem Herkunftsland verbessert hat.

Ein Familiennachzug würde das Sozialsystem und damit die ganze Gesellschaft überlasten.

5. Finden Sie es richtig, wenn Polizei und Medien aus Sorge vor Diskriminierung von Randgruppen gewisse Informationen zurückhalten?




Ja		27,3 %
Nein		66,9 %
Keine/andere Meinung		5,8 %

Auswahl der Kommentare:

Es muss ausgewogen, objektiv und offen berichtet werden über Negatives *und* Positives. Die Bürger einer Demokratie haben ein Recht auf eine solche Berichterstattung.

Wenn Informationen zurückgehalten werden und dies anschließend an die Öffentlichkeit kommt, führt das zu einer noch größeren Verunsicherung und schadet noch mehr. Das ist eine falsche Zurückhaltung, die Gerüchte fördert und den radikalen Rändern in die Karten spielt.

6. Das Evangelium verlangt, dass wir Asylsuchenden unbegrenzt Schutz bieten.

Ja		66,6 %
Nein		24,2 %
Keine/andere Meinung		9,2 %

Auswahl der Kommentare:




Das gilt nur für Christen, die vor Verfolgung und Tod fliehen, nicht für Wirtschaftsflüchtlinge oder Angehörige anderer Religionen.

Schutz muss gewährt werden, jedoch nicht unbegrenzt, d.h. nur in Notfallsituationen und nur vorübergehend, bis sich die Umstände für den Flüchtling in seiner Heimat wieder gebessert haben.

Das Gebot der Nächstenliebe bezieht sich ebenso auf die Bewohner des Einwanderungslandes, deren Lebensumstände geschützt werden müssen.

Das Gebot der Nächstenliebe gebietet einem Christen, jedem ausnahmslos Schutz zu bieten, der in Not ist.

7. Die Bischöfe und Landesbischöfe sollten sich mit politischen Stellungnahmen in der Flüchtlingsdebatte zurückhalten.

Ja		22,0 %
Nein		75,1 %
Keine/andere Meinung		2,9 %


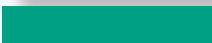

Auswahl der Kommentare:

Die Kirche sollte klar Stellung beziehen. Sie sollte sich bei allen wichtigen Gelegenheiten zu Wort melden und als Mahnerin der Gesellschaft fungieren. Ihr Standpunkt muss ernstgenommen und diskutiert werden. Das Christentum ist gesellschaftsrelevant und die Bischöfe tragen eine gewisse Verantwortung. Die Kirche muss sich aktiv für die Werte einsetzen, die sie vertritt.

Die Kirche sollte neutral bleiben. Die (Landes-)Bischöfe sollten sich nur äußern, wenn sie eine einheitliche Meinung vertreten.

Die Kirchen lassen nicht einmal in Glaubensfragen etwas von sich hören, dann brauchen sie es bei solchen Angelegenheiten auch nicht zu tun.

8. Eine Integration der Flüchtlinge innerhalb weniger Jahre wird nicht möglich sein, da die Kulturunterschiede zu groß sind.

Ja		60,8 %
Nein		27,8 %
Keine/andere Meinung		11,4 %


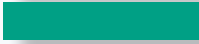

Auswahl der Kommentare:

Eine Integration wird geschehen, doch das wird sehr viel Zeit und Engagement von allen Seiten benötigen (Flüchtlinge, einheimische Bevölkerung, Politik). Am Ende wird es sich lohnen und die Gesellschaft bereichern.

Wie gut Integration klappt, kommt auf die Größe der kulturellen Unterschiede an.

Manche Menschen sind nicht zu integrieren. Bei einer so großen Zahl an Flüchtlingen besteht eher die Gefahr der Bildung von Parallelgesellschaften.

9. Die Einführung einer Obergrenze zur Einwanderung von Flüchtlingen wird in der Realität nicht umsetzbar sein.

Ja		66,7 %
Nein		25,9 %
Keine/andere Meinung		7,4 %


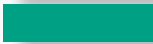

Auswahl der Kommentare:

Die Festlegung einer genauen Zahl ist unrealistisch. Jedoch sollten die Flüchtlingsströme reguliert werden durch eine gerechte Verteilung auf die europäischen Länder und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge.

Eine unbegrenzte Aufnahme ist nicht leistbar durch die Bevölkerung. Andere Länder haben ja auch eine Begrenzung eingeführt und setzen diese durch.

Die Einführung einer Obergrenze wird nicht durchführbar sein, zumal es für Menschen in Not, d.h. Kriegsflüchtlinge, keine Grenze geben darf. Der Zuzug von Wirtschaftsflüchtlingen darf jedoch begrenzt werden. Eine Obergrenze ist eine Illusion und verschiebt nur das Problem zu Lasten anderer.

10. Schaffen wir „das“?

Ja		65,3 %
Nein		19,9 %
Keine/andere Meinung		14,8 %

Auswahl der Kommentare:

Ja: Wenn die Politik Deutschlands und Europas gute Pläne entwickeln und zusammenarbeiten. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Als Christen haben wir keine andere Wahl. Wir müssen es schaffen, es bleibt uns nichts anderes übrig.

Nein: Es sind zu viele Flüchtlinge. Sie werden das Land kulturell überfremden und das staatliche Sozialsystem überlasten. Daraus werden Unruhen resultieren. Die Gesellschaft wird sich wandeln.